

Keine Transparenz bei Putenmastanlage in Müden

Der Bauantrag für die geplante Putenmastanlage in Müden wurde am 21.01.2021 gestellt. Ab diesem Zeitpunkt beginnen wichtige Fristen, innerhalb derer z.B. Bürgerinnen und Bürger ihre Einwände gegen eine solche Anlage einbringen können.

"Der Bauantrag ist bereits vor 5 Wochen eingegangen. Ohne unsere Nachfrage bei der SPD-Fraktion und deren anschließende Nachfrage bei der Verwaltung hätten wir von dem Bauantrag wohl nichts erfahren. Wir lassen hier wichtige Zeit verstreichen, um die Bürger*innen zu beteiligen, die Auswirkungen der Anlage auf Menschen, Umwelt und Tiere zu prüfen und um die Anlage zu verhindern." äußern sich Nadja und Martin Rautenberg, Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, verärgert über die intransparente Kommunikation. Ihrer Ansicht nach dränge sich der Verdacht auf, dass der Bau der Anlage still und heimlich vorangetrieben werden solle, ohne die Bürgerinnen und Bürger oder den Gemeinderat zu beteiligen.

"Das ist besonders deshalb ärgerlich, weil genau für diesen Fall im September auf Anträge der SPD und CDU ein gemeinsamer Beschluss im Gemeinderat gefasst wurde, der die unmittelbare Information des gesamten Gemeinderats vorschreibt. Dies ist aber weder seitens der Verwaltung, noch vom Bürgermeister erfolgt. Erst auf Nachfrage bei der CDU-Fraktion erfuhren wir, dass sie durch Samtgemeindebürgermeister Eckhard Montzka in Kenntnis gesetzt wurden, diese Information aber weder mit dem Gemeinderat noch mit den Bürgern teilten. Das ist ein inakzeptables Versäumnis", ergänzt Rüdiger Baars von der SPD-Fraktion.

"Das Bündnis gegen Massentierhaltung, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen, arbeiten seit Bekanntgabe des Bauvorhabens gemeinsam daran, die Anlage zu verhindern. Die Akzeptanz für solche Anlagen in der Bevölkerung sinkt immer weiter und so ist es im ureigenen Interesse der Gemeinde das Bauvorhaben genauestens zu prüfen und die Bewohner*innen über alle Schritte zu informieren", sagt Henrik Werner, Co-Sprecher des "Bündnis gegen Massentierhaltung / pro Grundwasser- und Naturschutz" im Landkreis Gifhorn.

Auch SPD-Bürgervertreterin Antje Nietsch-Gese ist sprachlos über dieses intransparente Vorgehen: „Es ist hinreichend bekannt, dass viele Müdener Bürgerinnen und Bürger gegen diese Mastanlage sind. Dass man ihnen Informationen vorenthält und damit die Chance versagt, Einwände fristgerecht vorbringen zu können, kann so nicht hingenommen werden.“

Werner führt weiterhin aus: "Eine Mastanlage hat negative Effekte auf die Natur und die Menschen vor Ort. Ganz besonders leiden aber die Tiere. Puten können ohne konkrete Vorschriften gehalten werden (es fehlen spezielle Regelungen zu ihrer artgerechten Haltung in der sogenannten Nutztierhaltungsverordnung). Puten haben kaum Platz, die Lebensqualität ist gleich Null und ihre hochempfindlichen Schnäbel werden regelmäßig gekürzt. Der Preis pro Kilogramm hat sich von 1986

10,00€ zu 2013 7,36€ reduziert; im Sonderangebot auch niedriger. Puten haben immer weniger Platz und brechen teilweise unter ihrem eigenen Gewicht zusammen, weil sie derart überzüchtet sind. Seit den 60er Jahren hat sich das Gewicht der Putenhähne verdoppelt. Gleichzeitig ist die Mastdauer um 14 Tage kürzer geworden. Puten werden mit bis zu 25 kg Endgewicht ausgestellt und in enge Käfige verladen. Das ist Akkordarbeit und die Bezahlung der Arbeiter*innen erfolgt pro verladener Pute. Die Puten werden aber auch im Akkord geschlachtet. Nicht wenige Puten erleben ihren Tod bei vollem Bewusstsein. Das liegt auch daran, dass bis zu 40.000 Puten in einer Anlage pro Tag geschlachtet werden und die Kontrolle bei diesen hohen Zahlen nur schwer möglich ist. Die Schlachtzahlen haben sich seit 1991 verdreifacht, der Preis befindet sich hingegen im steten Abwärtstrend. Eine Putenmastanlage ist daher nicht nur für die Tiere schlecht, sondern auch kein wirtschaftliches Erfolgsmodell."